

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18688. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Zeilenaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Reichsregierung bestreitet, daß neue Steuern geplant sind.

Zur Besprechung der Veteranenfürsorge soll am 10. Juni im Reichshaus eine Konferenz mit Vertretern aller Reichstagsfraktionen stattfinden.

Die Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses beabsichtigen angeblich, die Wahlrechtsvorlage nochmals einer Kommission zu überweisen.

Die Eingangsverhandlungen im Bremer Baugewerbe endeten mit der Annahme des neuen Tarifs durch die Maurer und Zimmerer; die Bauhilfsarbeiter lehnten ihn ab, die Entscheidung der Unternehmer steht noch aus.

Marionetten.

Leipzig, 25. Mai.

So laut zur Marionette, Der erst ein Komödiant war. Freiligrath.

Keine grausamere Satire auf die Fraktion Drehscheibe ist denkbar, als das anmutige Katespiel, das sich jetzt vor unsern Augen und Ohren über die künftige Haltung der Nationalliberalen bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage vollzieht. Wird sie umfallen? Wird sie nicht umfallen? Diese Posenfrage, in der die nationalliberale Politik seit je und je beschlossen ist, sie ist auch jetzt wieder die Schicksalsfrage der Partei. Täglich registrierten die bürgerlichen Blätter mit großer Pflichttreue die verschiedenen, sich widersprechenden Stimmen aus dem nationalliberalen Blätterwalde, um aus ihnen, wie die römischen Priester aus den Eingeweiden der Opfertiere, die Zukunft vorherzusagen. So liegt heute eine Kundgebung aus dem Kreise Dlesko-Lyt-Zohannesburg in Ostpreußen vor, die die Fraktion auffordert, unbedingt an der direkten und geheimen Wahl festzuhalten, der Entwurf des Herrenhauses sei mit liberalen Grundgedanken unvereinbar. Andre Stimmen sagen wieder, das direkte Gegenteil, und es lohnt sich wirklich kaum, alle diese „Stimmen“ und Stimmchen zu sammeln. Am Freitag hat sich das Abgeordnetenhaus mit der Materie zu befassen, und da werden wir ja, wie der brave Bethmann sagt, hören, da werden wir ja sehen und da wird es sich ja zeigen.

Aber ob so, ob so: ob die Nationalliberalen nun zufällig zustimmen oder zufällig ablehnen, das ändert am Urteil über die Knochenwechslinge nicht das geringste mehr. Wahrlich! Eine heitere Garbe der Volksfreiheit, die am Vorabend vor der Schlacht noch nicht weiß, ob sie

standhalten oder ausweichen soll. Selbst wenn es sich durch Gottes unerforschten Ratsschlus ereignen sollte, daß die nationalliberale Fraktion in ihrer Mehrheit die Vorlage ablehnt und dadurch den Wahlrechtskampf sofort von neuem in ein akutes Stadium bringt, so würde das den Nationalliberalen bei den Wählern nicht das geringste nützen. Es würde ihnen ebensowenig nützen, wie ihnen die schlechtlie Ablehnung der Reichsfinanzreform etwas genügt hat. Die Wähler fielen allenthalben über sie her, die nationalliberalen Mandate raselten bei allen Nachwahlen in die Perzentung, und nichts half den Jämmerlingen die plärende Ausrede: Wir sind's ja gar nicht gewesen! Die Junker und die Pfaffen haben's doch getan! Und so wird es bei den nächsten Reichstagswahlen genau wieder ergehen. Schon jetzt hat sich das neue Material für die alte Taktik der Doppelzüngigkeit und des Volksverrats bergehoch gehäuft. Mit den Magdeburger Beschlüssen, die unter anderem auch die Neueinteilung der Wahlkreise verlangte, treiben jetzt die nationalliberalen „Führer“ ein auserlesenes Posenpiel. Man lese nur, was einer dieser Führer, Herr Böttger, gestern im Tag über diese Beschlüsse zu sagen hat:

Wenn in den nationalliberalen Vorkämpfungen an manchen Orten die „Magdeburger Beschlüsse“ als Mindestforderung behandelt und mit einem Charakter indelebil (ungerlösbar) ausgestattet werden, so legt man sich da zum Schaden seiner eigenen Bewegungsfreiheit Ketten an, die tief ins Fleisch jeder Partei schneiden müssen. Der Wert dieser Beschlüsse liegt im Programmatischen; wer sie bei der Gesetzgebung reiflos zu verwirklichen sucht, tut seine Schuldigkeit; wer aber sich ausschaltet, weil außer 65 Nationalliberalen noch annähernd 300 andre Abgeordnete vorhanden sind, welche das Magdeburger Programm nicht anerkennen, der ist wohl kein tabellarischer Gesetzgeber. Die extreme Linke sucht gegenwärtig die Jungliberalen gegen die Fraktion scharfzumachen, viellecht um eine Spaltung herbeizuführen, viellecht noch mehr, um das Wort vom Umsat später wirkamer zu machen. Man darf hoffen, daß die nationalliberale Jugend dieser Lockung nicht folgt; tut sie es doch, so bereitet sie sich ihr Schicksal der Bedeutungslosigkeit im Schoß irgend-einer freisinnigen Gruppe vor.

Man sieht: hier wird im Namen der parlamentarischen „Bewegungsfreiheit“ jede programmatische Festlegung vermorschen. Gleichzeitig aber wird damit zugestanden, daß man seinerzeit mit diesen Magdeburger Beschlüssen nur einen Volksbetrug inszenierte. Man spielte den Wählern wieder einmal die Komödie von standhaften Volkskämpfern vor. Damals kam auch der vom Zentralvorstand der Partei entworfenen Wahlaufzug ans Licht, in dem es mit schallendem Redepomp hieß:

Wähler! Der preussische Staat steht an einem Wendepunkt. Ein allmähliches Fortschreiten in freiheitlichem Sinne bahnt sich an.

Die nationalliberale Partei hat maßgebenden Anteil an den Errungenschaften im Reiche. Sie ist berufen und gewillt, auch in Preußen im politischen Kampfe die Führung zu übernehmen.

Wer kann jetzt, wo er die nationalliberale „Führung“ im politischen Kampfe sieht, diese Zeilen ohne bittere Heiterkeit lesen? Aus den „berufenen“ und „gewillten“ Vorkämpfern ist eine jämmerliche Falstaffgarbe geworden, und sie, die einst die Komödianten der Freiheit waren, sie sind jetzt die Marionetten der Reaktion.

Es stellt sich immer heraus, daß mit der steigenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und den damit verbundenen steigenden Klassenscheidungen die sozialen Gegensätze in der nationalliberalen Partei mit jedem Tage scharfer geworden sind und jetzt einen Höhegrad erreicht haben, daß sie jedes nur irgendwie gemeinsame Handeln der Partei unmöglich machen. Ihre Haltung in der Reichsfinanzreform mußte die Fraktion mit dem Austritt mehrerer Abgeordneter bezahlen. Die Schicksalsfrage des preussischen Staates aber, die preussische Wahlrechtsvorlage, scheint auch zu einer Schicksalsfrage der nationalliberalen Partei werden zu wollen. Hier lösen sich alle Bande parteiprogrammatischen Zusammenhalts und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß, wie auch die Fraktion im Landtage sich entscheiden möge, dieser Kampf um das preussische Wahlrecht den moralischen Zusammenbruch der nationalliberalen Partei nach sich ziehen wird.

Sache der Reichstagswähler wird es dann sein, bei den nächsten Wahlen den großen Strich zu ziehen unter das Sündenregister dieser Partei und zu dem moralischen Zusammenbruch der parlamentarischen zu fügen.

IX. Generalversammlung des Zentralverbandes der Cöpler und Berufsgen.

E. Dresden, 24. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen beginnen mit der Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht, die, nachdem noch zehn Redner gesprochen haben, durch Schlußantrag beendet wird.

Nach einer ganzen Reihe persönlicher Bemerkungen wurde dem Zentralvorstand einstimmig Entlassung erteilt.

Darauf wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, daß die Beschlüsse einer Generalversammlung nicht durch eine Urabstimmung korrigiert werden dürfen. Ein anderer Beschluß beauftragt den Vorstand, die deutsche Typographie zu schreiben und um dies zu ermöglichen, vorübergehend eine Hilfskraft anzustellen. Ein Antrag, daß die Hamburger den nicht zur Verwendung genommenen Betrag aus dem Sammelgelde an die Zentralkasse abführen sollen, wird abgelehnt, doch stellt die Versammlung aus Anlaß dieses Falles die ausdrückliche Regel auf, daß Extrabeiträge, wie sie die Hamburger erhoben haben, in keinem Falle mehr zulässig sind, ohne die ausdrückliche Genehmigung des Zentralvorstands, und daß auch Sammlungen und besondere Unterstüßungen bei Streiks ohne Veranlassung durch den Vorstand nicht mehr vorgenommen werden dürfen.

Die Generalversammlung ist einverstanden, daß für die Heiltechnische Kommission die bisherigen finanziellen Mittel auch

Arbeiter! Gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Morrell. Einzige berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempelk.

„D, ich weiß noch nicht, ob ich die Geschichte veröffentlichen werde,“ entgegnete gelassen der Zeitungselgentümer und steckte den Abzug wieder ein. „Bei mir ist's nämlich so: es macht mir Spaß, was Gutes zur Strecke zu bringen; sobald mir das aber gelungen ist, verliere ich alles Interesse daran. Und dann möchte ich auch nicht, daß Sie — der Sie doch Präsident der Liga und ein maßgebender Mann im County sind — von der Geschichte über den Haufen geworfen werden. Ihnen muß doch mehr daran liegen, den Druck des Berichtes zu verhindern, als mir, ihn zu drucken. Ich gewinne nicht viel dabei außer den paar Extraausgaben, aber Sie — Herrgott, Sie würden alles verlieren. Ihr Ausschuß hat nun mal die Sache abgelehnt — aber die Liga selbst, das ganze San Joaquin-Tal, jedermann im Staat ist im guten Glauben, daß die Kommission regelrecht gewählt worden sind.“

„Ihre Darstellung der Sache,“ rief Magnus, dem plötzlich ein rettender Gedanke gekommen war, „wird vollständig widerlegt werden, sobald der neue Getreidetarif veröffentlicht wird. Ich bin in der Lage, zu wissen, daß der San Joaquin-Frachtzoll, dessen Regelung für die Wahl der Kommission in erster Linie bestimmend war, nicht an-

getastet werden durfte. Ist es denn anzunehmen, daß die Ranchbesitzer die Wahl einer Kommission durchsetzen würden, die ein falsches Spiel mit ihnen treibt?“

„D, wir wissen alles,“ antwortete lächelnd Genslinger. „Sie dachten, daß Sie Lyman ohne besondere Anstrengung gewählt hätten. Sie dachten, daß die Bahn Ihnen in die Falle gegangen wäre. Sie wußten sich's nicht zu erklären, daß Sie Ihre Triumphe so bequem ausspielen konnten. Ja, Governor, Lyman war ja schon seit zwei Jahren für die Bahn tätig. Er war doch der Mann, den die Bahn gerade zum Kommissar gewählt haben wollte. Und Ihre Leute wählten ihn und ersparten so der Bahn die Mühe, seine Wahl zu betreiben. Und Sie können keine Gegenklage wegen Bestechung erheben. Nein, bester Herr, die Bahngesellschaft arbeitet nicht mit so dilettantischen Methoden. Ganz im Vertrauen zwischen uns beiden — alles, was die Bahn getan hat, um ihn für sich zu gewinnen, war das Versprechen, ihn mit ihrem politischen Einfluß zu unterstützen, wenn er sich bei den nächsten Wahlen um das Amt des Gouverneurs bewerben würde. Es ist zu traurig,“ fuhr er leiser redend und sich in seinem Stuhl zurückdrückend fort, „es ist wirklich traurig, wenn man sieht, wie tüchtige Leute eine steinerne Mauer mit ihren Köpfen einrennen wollen. Sie konnten die Partie zu keiner Zeit gewinnen. Ich wünschte, ich hätte mit Ihnen und Ihren Freunden reden können, ehe Sie den Wahlfeldzug in Sacramento eröffneten. Ich würde Ihnen gesagt haben, wie geringe Aussichten Sie hatten. Wann werdet ihr Leute endlich mal einsehen, daß ihr gegen die Eisenbahn nicht ankönn't? Wahrhaftig, Magnus, es ist ganz so, wie wenn ich in 'nem Papierboot in See steche und 'n Schlachtschiff mit Erbsen bombardieren wollte.“

„Ist das alles, weshalb Sie mich zu sprechen wünschten, Herr Genslinger?“ fragte ungeduldig Magnus. „Ich bin heute sehr beschäftigt.“

„Nun,“ entgegnete Genslinger, „Sie wissen, was die Veröffentlichung des Artikels für Sie bedeuten würde.“ Er machte wieder eine Pause, nahm seine Brille ab, hauchte auf die Gläser, pühte sie mit dem Taschentuch und setzte sie wieder auf. „Ich habe daran gedacht, Governor,“ begann er wieder in seiner hastigen Weise und als ob er nur ganz beiläufig davon spräche, den „Merkur“ zu vergrößern. Sehen Sie, ich bin mitten zwischen den beiden großen Zentren des Staates, San Francisco und Los Angeles, und ich möchte die Einflusssphäre des „Merkur“ nach beiden Punkten hin so weit wie möglich ausdehnen. Ich möchte das Blatt illustrieren. Sehen Sie, wenn ich einen eignen Betrieb für photographischen Druck hätte, so könnte ich außerdem noch auf Bestellung arbeiten, und die Anlage würde sich mit zehn Prozent verzinsen. Aber man braucht Geld, um Geld zu verdienen. Mit 'ner kleinen, neubürtigen Geschichte ist mir nicht gebient. Ich brauche eine richtige Einrichtung, wie sie sich gehört. Ausgerechnet hab' ich mir die Sache schon. Außer der Betriebsanlage selbst brauche ich ein gutes Papier. Autotypen lassen sich nur auf glattes Papier drucken, und das kostet Geld! Nun, mit diesem und jenem und lausen den Ausgaben, bis die Sache sich zu bezahlen anfängt, dürfte mich's doch zehntausend Dollar kosten, und da dachte ich, ob Sie mir nicht unter die Arme greifen könnten.“

„Zehntausend?“

„Jawohl. Sagen wir fünftausend sofort und den Rest in sechzig Tagen.“